Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 9

Artikel: Israel : kein Platz für Linke : die Zukunft der israelischen Arbeiterpartei
Autor: Sarid, Yassi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339889

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

deutung: Ein Zeichen völligen Unverständnisses jener, die ihre Hoffnungen in den Separatfrieden von Camp David, in die ägyptisch-israelischen Annäherungen gesetzt hatten und dabei die Hoffnungen und Ansprüche des palästinensischen Volkes vergessen hatten. Die nicht daran glauben wollten, dass Begin und seine Strategen tatsächlich ernst machen mit ihrem Gross-Israel. In den Trümmern Beiruts wurden auch viele ihrer Illusionen begraben.

Heute darf man frei und unverblümt über Begins Aggressionspolitik diskutieren. Selbst in Israel. Allerdings mischen sich dieser Tage Stimmen in die Diskussion ein, die ich lieber mit einer deutlichen Ohrfeige dahin jagen möchte, wo sie hingehören: Auf den Müllhaufen der Geschichte. Speiübel wird es mir, wenn die «Deutsche Nationalzeitung» über Begins Aggressionskrieg loszieht; sie, die den Angriff auf die Sowjetunion noch als Heldenschlacht der deutschen Wehrmacht feiert.

Jene allerdings, die in blindem Vertrauen jede Rechtsverletzung des israelischen Staates zu entschuldigen wussten, statt in kritischer Solidarität die Dinge beim Namen zu nennen, sind an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Denn blindes Vertrauen — das hätten gerade Sozialdemokraten mittlerweile lernen müssen — macht bekanntlich blind.

Yossi Sarid

Israel: Kein Platz für Linke

Die Zukunft der israelischen Arbeiterpartei

Die Invasion israelischer Truppen im Libanon macht eine Vorbemerkung zu diesem Artikel notwendig. Da er noch vorher verfasst wurde, konnte sein Autor, Abgeordneter der Arbeiterpartei in der Knesset und in Opposition zu seiner Parteiführung stehend, zu den Ereignissen hier nicht Stellung nehmen. Aber er beleuchtet die innenpolitische Lage in Israel und gibt damit auch eine Erklärung, warum Begin überhaupt die Möglichkeit hat, seine aggressive Politik für eine friedliche Lösung des Nahost-Problems durch eine Verständigung mit den Palästinensern und ihren Vertretern eintritt, so erscheint das nach der jüngsten Militäraktion nur die Hoffnung, dass sich eines Tages doch noch die politische Vernunft durchsetzen wird.

Am 30. Juni 1981 hat die Israelische Arbeiterpartei wieder einmal die allgemeinen Wahlen verloren; die erste Niederlage hatte sie im Mai 1977 hinnehmen müssen. Der Abstieg kam, nachdem sie fast 30 Jahre lang ununterbrochen die herrschende, allmächtige Partei des Landes gewesen war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Arbeiterpartei die absolute Kontrolle über die zionistische Bewegung und über Histadrut (Bund der Arbeit) — die beiden wichtigsten Organe im neugebildeten Staat - ausgeübt.

Drei Millionen Einwohner — neun Parlamentsparteien

Die Niederlage 1981 war besonders frustrierend und schmerzlich, weil die Arbeiterpartei in gewisser Hinsicht einen beachtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte: Verglichen mit 32 Sitzen in der neunten Knesset, erhielt sie diesmal 48.
Trotz dieser beeindruckenden Leistung war sie nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden. Die Likud-Partei errang genau dieselbe Mandatszahl. Um zu erklären, warum es der Arbeiterpartei bei gleicher Mandatszahl unmöglich war, eine Regierung zu bilden, während Begins Likud-Partei sehr wohl dazu imstande war, bedarf es einer Beschreibung der Zusammensetzung der gegenwärtigen zehnten Knesset.
Zusätzlich zu Likud und zur Arbeiterpartei sind in der gegenwärtigen Knesset noch sieben weitere Parteien vertreten:

● Die National-Religiöse Partei (National Religions Party — NRP) mit sechs Sitzen. Diese Partei war immer der traditionelle Partner der Arbeiterpartei, was ihr ermöglichte, Koalitionsregierungen zu bilden. In den letzten Jahren war die National-Religiöse Partei allerdings von einem Rechtstrend hin zu Begins Likud-Partei gekennzeichnet und bezog extreme und aggressive politische Positionen. Die Wahlen im vergangenen Juni versetzten dieser Partei einen schweren Schlag. Sie verlor sechs der zwölf Man-

date, die sie in der vorangegangenen Knesset innegehabt hatte. Trotz dieses Verlustes ist es nach wie vor fast unmöglich, ohne die National-Religiöse Partei eine Regierung zu bilden.

● Die Agudat-Israel-Partei mit vier Sitzen in der Knesset. auch sie ist eine religiöse Partei, die zwar vielleicht etwas gemässigter in ihren politischen Standpunkten, dafür aber radikaler in ihren religiösen Forderungen ist. Agudat Israel ist keine zionistische Partei, worin sie sich von allen anderen Parteien in Israel mit Ausnahme der Kommunistischen Partei unterscheidet. Ihr Ziel ist ein religiöser Staat Israel; ein Staat mit religiösen Gesetzen und rabbinischer Rechtsprechung.

● Die TAMI-Partei — eine neue Partei, die das erste Mal bei Wahlen kandidierte und drei Mandate errang. Auch sie ist im Grunde eine religiöse Partei, die ihren Ursprung allerdings in den ethnischen Gruppen der östlichen und orientalischen Juden hat.

● Die Hatehiya-Partei. Sie ist die am stärksten nationalistische Partei Israels, die auch die extremsten politischen Standpunkte vertritt. Dieser neuen Partei ist es gelungen, drei Mandate zu erringen. Hatehiya ist gegen das Friedensabkommen mit Ägypten, gegen das Camp-David-Abkommen, gegen Autonomie und war auch für den Abbruch des Rückzugs aus Sinai. Sie ist ausserdem gegen Gebietskonzessionen an die Araber im Rahmen regionaler Friedensverhandlungen.

● Die RAKAH-Partei, die Kommunistische Partei Israels, die mit vier Abgeordneten, zwei Juden und zwei Arabern, in der Knesset vertreten ist. Es handelt sich um eine orthodoxe kommunistische Partei, die Moskau blind ergeben ist und bezüglich der Nahostprobleme kein Haarbreit von der Linie Moskaus abweicht.

● Die Shinui-Partei mit zwei Sitzen — eine liberale Zentrumspartei, die eine gemässigte politische und in Sozial- und Wirtschaftsfragen eine bürgerliche Linie vertritt.

● Die siebente Partei ist TELEM, die ebenfalls zwei Sitze innehat. Es handelt sich hier eigentlich um die persönliche Partei des verstorbenen Moshe Dayan, der bei den letzten Wahlen mit einer unabhängigen Partei sein Glück versuchte, damit aber nur sehr begrenzt erfolgreich war. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Partei nach seinem Tod weiterbestehen wird. Die beiden Abgeordneten zur Knesset werden sich früher oder später einer der grossen Parteien anschliessen. Auf Grund ihrer persönlichen politischen und sozialen Ausrichtung werden sie sich voraussichtlich der Likud-Partei zuwenden.

Es gibt also neun Parteien. Zwei grosse Massenparteien, die 96 Mandate auf sich vereinigen, und sieben kleine Parteien, die insgesamt 24 von 120 Sitzen in der Knesset innehaben. Die drei religiösen Parteien stehen aber der Likud-Partei und damit Begin viel näher als der Arbeiterpartei, so dass es von Anbeginn klar war, dass die Arbeiterpartei kaum Chancen haben würde, eine Regierung zu bilden.

Demographische Veränderungen und die Folgen

Der letzte Wahlkampf und die Wahlergebnisse selbst zeigten eine Reihe von Faktoren auf, die es möglich machen, ein Bild des heutigen Israels und auch der Arbeiterpartei zu zeichnen. Der bedeutendste und beunruhigendste Faktor war *die Ablehnung der Arbeiterpartei durch die orientalischen oder sephardischen Israelis,* die aus Asien und Afrika, vor allem aus Nordafrika (Marokko, Tunesien und Algerien) nach Israel kamen und die sich fast ohne Ausnahme hinter Begins Likud-Partei stellten. Es ist anzunehmen, dass nur etwa ein Viertel der Sephardim für die Arbeiterpartei stimmten, während 60 Prozent Begin unterstützten. Daraus geht wiederum hervor, dass die überwältigende Mehrheit der Aschkenasi-Juden für die Arbeiterpartei und gegen Begin stimmten. Die Aschkenasim waren lange Zeit in der Mehrheit. Sie waren die alteingesessenen Bürger, die schon vor Jahrzehnten vorwiegend aus Russland, Polen und den übrigen ost- und mitteleuropäischen Ländern eingewandert waren. Auf Grund der starken Einwanderungswellen aus Asien und Afrika und auf Grund der hohen Geburtenrate bei den Sephardim nahm die zahlenmässige Überlegenheit der Aschkenasim allmählich ab, und im Jahre 1982 gibt es in der israelischen Bevölkerung bereits eine schwache Sephardi-Mehrheit.

Die Geschichte der zionistischen Bewegung und die Entwicklung Israels führten dazu, dass sich die Juden aus Asien und Afrika zutiefst unterprivilegiert und diskriminiert fühlen. Dieses Gefühl hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Die Sephardim beginnen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Überlegenheit der Aschkenasim in Frage zu stellen und fordern entsprechende Positionen in der Regierung sowie Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung. Die zweite und dritte Generation der Sephardim, die in Israel geboren wurden, bringen ihre Forderungen viel nachdrücklicher und aggressiver zum Ausdruck. Die-

se Generation ist gebildeter und versteht es, ihre demographische Stärke in aktive politische Kraft umzusetzen. Die junge Generation der Sephardim setzt das Establishment der Aschkenasim gleich mit dem Establishment der Arbeiterpartei. Dieses Establishment, das durch mehr als dreissig Jahre die Verantwortung für den Staat trug, ist in ihren Augen auch für ihre Unterprivilegiertheit verantwortlich. Begin, der zwar auch ein Aschkenasi ist, wird dem Aschkenasi Establishment nicht zugerechnet, weil er in all den Jahren nicht in der Regierung und nicht an der Macht war und daher augenscheinlich keine Verantwortung trägt. Begin versteht es auch den Finger anklagend gegen die Arbeiterpartei zu erheben und sie zu einer willkommenen Zielscheibe für all die Frustrationen, die Bitterkeit und die Rebellion zu machen.

Der Grund, warum sich die Sephardim von der Arbeiterpartei abgewendet haben, liegt aber nicht allein darin. Man darf nicht vergessen, dass diese Juden aus arabischen und mohammedanischen Ländern kommen. Ihre Erinnerungen an diese Länder sind schlechte und manchmal sogar dramatische Erinnerungen an ein Leben im Exil. Aus der Situation einer verfolgten Minderheit in einem mohammedanischen Land heraus sind sie weitgehend der Ansicht, dass Araber nur eine Sprache der Stärke verstehen. *Eine Partei, die politische Lösungen vorschlägt, welche Zugeständnisse und Kompromisse beinhalten, wird von den Juden aus Asien und Afrika nicht akzeptiert.* Die Israelische Arbeiterpartei schlägt Lösungen vor, die auf Gebietskompromissen basieren. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Sephardim solchen Vorschlägen und ihren Proponenten den Rücken kehren.

Krise der Arbeiterpartei

Die Krise der Arbeiterpartei wurde weiter verschärft, als offenkundig wurde, dass viele der Erfolge und Leistungen der Arbeiterbewegungen sich im Wahlkampf zu Nachteilen wandelten. Ein Beispiel dafür ist die Kibbuzbewegung, ein weiteres ist Histadrut, der Allgemeine Bund der Arbeit, der in vielen fortschrittlichen Ländern und modernen Gesellschaften als beispielhaft angesehen wird. Die Kibbuzim, die einer idealen Verwirklichung des demokratischen Sozialismus wohl am

nächsten kommen, sind in Israel leider zur Zielscheibe von Feindseligkeiten geworden. Es gab eine Zeit, in der die Kibbuzim unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten litten und in der sogar ihre Existenz bedroht war. Im Laufe der Jahre wurde der Kibbuz dank besonderer Motivation, besonderen Erfindungsgeistes und besonderer Kreativität eine in wirtschaftlicher, technischer und kultureller Hinsicht progressive Gemeinschaft. *Der Kibbuz-Sozialismus war nicht nur ein ideeller, sondern auch ein materieller Erfolg.* Allmählich wurde der Kibbuz von einer Quelle des Stolzes zu einer Quelle des Neides. Es wurden Stimmen laut, die den schwächeren Gesellschaftsschichten den grossartigen Erfolg des Kibbuz höhnisch vor Augen hielten. Rechtsgerichtete politische Kräfte liessen durchklingen, dass der Erfolg des Kibbuz auf Kosten dieser schwächeren Gruppen ginge. Es war nicht besonders schwer, die schwächeren Gruppen gegen die Kibbuzim aufzuwiegeln, da diese fast ohne Ausnahme Bestandteil der Arbeiterbewegung Israels sind und ihre Mitglieder grösstenteils Aschkenasim. Die Dreifachgleichung — Establishment, Arbeiterpartei, Aschkenasim — wurde sehr schnell zu einer Vierfachgleichung: Establishment, Arbeiterpartei, Aschkenasim und Kibbuzim.

Der Histadrut, der immer zu den Aktiva der Partei zählte, ist in den letzten Jahren zu einem Passivum geworden. Die Einmaligkeit dieser Einrichtung liegt in der *Verbindung von Gewerkschaft und Produktionsunternehmen*, die sich im öffentlichen Eigentum der Histadrut befinden. Diese Verbindung hat es immer möglich gemacht, die Forderungen der Gewerkschaft mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Diese volkswirtschaftliche Verantwortung ist in den letzten Jahren zu einer Hypothek für den Histadrut geworden, da sie von vielen als Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse verstanden und ausgelegt wurde. Allmählich tauchte immer öfter die Frage auf, wie der Histadrut als Gewerkschaft unermüdlich gegen die Arbeitgeber ankämpfen könne, wenn er doch selbst Arbeitgeber sei. Dieses mangelnde Vertrauen zum Histadrut als Vertreter der Probleme und Bedürfnisse der Arbeiter ist dabei, sich immer weiter auszubreiten, und hat natürlich auch zum Entstehen von Zweifeln und von Misstrauen gegenüber der Arbeiterpartei geführt, die mit dem Histadrut gleichgesetzt wird.

Es gab noch einen weiteren Grund für diesen Mangel an

Vertrauen zum Histadrut: die Arbeiter in Histadrut-Unternehmen hatten offensichtlich Mühe, einen Unterschied zwischen einer Beschäftigung beim Histadrut oder bei einem Privatunternehmer festzustellen. Immer mehr Arbeiter kamen zu dem Schluss, dass ihnen, mit ideologischen Phrasen verbrämt, die gleichen Löhne und Arbeitsbedingungen geboten wurden wie im privaten Sektor, und sie reagierten mit Entfremdung und zynischer Ablehnung gegenüber dem Histadrut. Für immer mehr israelische Arbeiter klangen die Phrasen des Histadrut, der Arbeiterbewegung und der Arbeiterpartei falsch und hohl.

All diese Erscheinungen und Prozesse haben *die Arbeiterpartei in eine nie dagewesene Krise geführt,* die die Zukunft der Partei in Frage stellt. Analysiert man die Ergebnisse der letzten Wahlen, so zeigt sich klar und deutlich, dass sich die Arbeiter von der Arbeiterpartei distanziert haben. Sie wurde vorwiegend von der Mittel- und Oberschicht unterstützt. Die Arbeiter stimmten überwiegend für Begin.

Die Haltung der jungen Generation

Die Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren auch die jüngere Generation enttäuscht. Die Mehrheit der Wähler unter 35 unterstützte Begin und seine Partei. Diese betrübliche und peinliche Tatsache kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Studentenorganisationen an den meisten israelischen Universitäten von rechtsextremen nationalistischen Gruppen kontrolliert werden. Die junge Generation in Israel ist vom Zustand und vom Image des Staates enttäuscht. Sie hasst den Pragmatismus, der in ihren Augen der grösste Feind von Ideologie, Visionen und Träumen ist. Die Arbeiterpartei, die den Staat errichtet und so lange regiert hat, ist nach Meinung der jungen Leute für diesen Pragmatismus verantwortlich, der die Ideologien zerbrochen, die Visionen zerstört und die Träume bis zur Unkenntlichkeit entstellt hat. Eine Rückkehr zur Ideologie erfolgt immer über eine Radikalisierung von Überzeugungen und Ansichten. *Die hochgestochenen Phrasen Begins hören sich radikaler an als die sorgfältig und überlegt formulierten Erklärungen der Arbeiterpartei.* Phrasen wie «Ein grösseres und ungeteiltes Israel» oder «Das Land unserer Väter, das nie wieder geteilt werden soll» sind attraktiver als Worte, die zu Zugeständnissen und Kompromissen aufrufen und auf die Notwendigkeit hinweisen, dem Gegner auf halbem Weg entgegenzukommen.

Dazu kommt, dass nach mehr als fünfzehnjähriger Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens immer mehr Israelis glauben, dass die Sicherheit ihres Landes in diesen Gebieten liegt. Die Mehrzahl der Israelis ist überzeugt, dass ohne die besetzten Gebiete der nächste Krieg noch gefährlicher sein und noch mehr Opfer fordern wird. Ein Gebiet ist für die meisten Menschen, die sich bedroht fühlen, viel greifbarer als irgendeine Abmachung, die vergleichsweise abstrakt und irreal wirkt. Die junge Generation ist auch die Generation der Soldaten, die entweder im aktiven Militärdienst stehen oder in der Reserve sind. Es ist kein Zufall, dass die Likud-Partei von den Angehörigen der Verteidigunskräfte besonders starke Unterstützung erhielt. Der Soldat, der in den nächsten Krieg geht, ist auch das potentielle Opfer dieses Krieges. Wenn man ihm erklärt, dass die besetzten Gebiete sein Sicherheitsgürtel sind, dann wird er als Soldat diese Gebiete unter keinen Umständen aufgeben.

Schwierigkeiten der zionistischen Linken

Die Tendenz zu einer Radikalisierung von Überzeugungen und Ansichten bei den jungen Leuten hätte sie ebensogut nach links wie nach rechts führen können. Aber im politischen Leben Israels gibt es eigentlich keinen linken Flügel. Warum?

In Israel ist es ungeheuer schwierig, ja fast unmöglich, ein Mitglied der Linken zu sein. *Es ist sehr leicht, die politische Linke in Israel zu diffamieren und ihr damit in den Augen der Öffentlichkeit zu schaden.*

Ein Bestandteil der Geschichte der zionistischen Linken in Israel ist die Identifizierung mit und die Orientierung auf die UdSSR. Diese Orientierung ist bis heute unvergessen, obwohl sie seit mindestens 25 Jahren nicht mehr besteht. Ein Mitglied der politischen Linken Israels wird als Handlanger der UdSSR angesehen, die für einen Israeli der erklärte Feind schlechthin ist. «Kommunist» ist in Israel gleichbedeutend mit Verräter. *Aber auch die Situation eines israelischen Sozialisten ist nicht wesentlich besser.*

Es war kein Zufall, dass die Arbeiterpartei die kurz vor den letzten Wahlen geplante Tagung der Sozialistischen Internationale in Israel abgesagt hat. Sämtliche Meinungsexperten betonten, dass die Anwesenheit bekannter Sozialisten in Israel so kurz vor den Wahlen der Arbeiterpartei nur schaden könnte. Selbst die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale wird in Israel generell nicht als Vorteil betrachtet. Da gab es zum Beispiel ein Plakat bei einer Wahlveranstaltung: «Shimon Peres, wir unterstützen dich, Bruno Kreisky und Willy Brandt.» Wer dieses Plakat angebracht hatte, wollte Shimon

Peres oder seinen Anhängern ganz sicher keinen Gefallen tun.
Auch die Kommunistische Partei Israels — RAKAH — erschwert den Kampf der zionistischen Linken in Israel. Diese orthodoxe und höchst disziplinierte Partei hat noch nie Stellung gegen die UdSSR bezogen. Die politische, geistige und intellektuelle Unterwerfung ihrer Führer ist unerträglich und geradezu abstossend. Dennoch findet sich die zionistische Linke Israels in ihrem täglichen Kampf sehr oft in Gesellschaft der Kommunisten; eine Gesellschaft, die sich als tödlich erweist. Wenn die zionistische Linke Israels zum Beispiel eine ausgewogene Politik gegenüber den Supermächten fordert, findet sie sich auf der Seite der Kommunisten. Wenn sie die gegenseitige Anerkennung von PLO und Israel fordert, ist sie neuerlich eins mit den Kommunisten. Da nützt es nichts, dass die Stellungnahmen der zionistischen Linken Israels völlig unabhängig, im Einklang mit ihrem Bewusstsein, Verständnis und Gewissen formuliert werden, dass sie aus der tiefen Sorge um das Schicksal und die Zukunft des Staates Israel entstehen.
Die irreführende Ähnlichkeit zwischen den politischen Positionen der Kommunistischen Partei und jenen der zionistischen Linken hat sich in einer Zeit, in der es der öffentlichen Meinung schwerfällt, eine Trennungslinie zwischen den beiden zu ziehen, sehr *zum Nachteil der zionistischen Linken* ausgewirkt. Es ist der Eindruck entstanden, dass die zionistische Linke ausländischen Interessen dient, und es werden immer wieder Stimmen laut, die böswillig versuchen, diesen Eindruck zu vertiefen.
Aus all diesen Gründen ist es der zionistischen Linken nie gelungen, einen wesentlichen Stimmenzuwachs zu erzielen, und in den letzten Jahren verlor sie immer mehr an Bedeutung. Bei den letzten Wahlen verschwand sie praktisch von der politischen Bildfläche, als die kleine SHELI-Partei nicht einmal einen einzigen symbolischen Sitz erringen konnte. Die Arbeiterpartei hat die zionistische Linke geschluckt.

Religionsprobleme

Ich möchte noch ein Problem erwähnen, dem sich die Arbeiterpartei in den letzten Jahren gegenübersah. Es hängt mit der komplizierten Einstellung zur Religion und den religiösen Parteien in Israel zusammen. Es ist hinlänglich bekannt, dass es in Israel keine Trennung von Kirche und Staat gibt. Unter dem Druck der religiösen Parteien verabschiedet die Knesset von Zeit zu Zeit Gesetze, die religiösen Zwang bedeuten. Selbst die Arbeiterpartei hatte in der Vergangenheit keine andere Wahl, als den religiösen Parteien wesentliche Zugeständnisse zu machen. Begin, der sich selbst für sehr religiös hält, hat allerdings viel öfter nachgegeben als die Arbeiterpartei. Es ist ihm ein Vergnügen, den religiösen Parteien Zugeständnisse zu machen, und er stellt sich manchmal leidenschaftlich hinter sie.

Die Chancen der Arbeiterpartei, mit den religiösen Parteien, die das Zünglein an der Waage sind, eine Koalition zu bilden, werden so lange minimal bleiben, solange Begin der Likud-Kandidat für das Amt des Premierministers ist und solange seine Erben in seine Fußstapfen treten und ohne zu zögern die Forderungen der religiösen Parteien anerkennen. Dazu kommt, dass die Zugeständnisse Begins an die religiösen Parteien von der Arbeiterpartei üblicherweise scharf kritisiert werden. Diese Kritik lässt die Partei antireligiös erscheinen, ein Image, das im heutigen Israel abgelehnt wird und aus zwei Gründen gänzlich unpopulär ist: Die meisten Juden aus Asien und Afrika bezeichnen sich selbst als religiös oder traditionsgebunden. Jede antireligiöse Manifestation, sei sie nun wirklich oder imaginär, wird von ihnen abgelehnt. *Zweitens besteht in Israel ein klarer Trend zurück zur Religion.* Diese Tendenz hat sich seit dem Sechstagekrieg im Jahre 1967 verstärkt und hat nach 1973, nach dem Yom-Kippur-Krieg, weiter um sich gegriffen. Viele junge Leute sind wieder aktive Gläubige geworden oder messen dem Faktor Religion in ihrem persönlichen Leben und auch im Leben des Staates wieder mehr Bedeutung bei. Unser Anspruch auf das Westjordanland ist im Grunde ein historisch-religiöser Anspruch. Das Westjordanland ist das «Erbe unserer Väter». Wenn dieser religiöse Anspruch nicht berücksichtigt und respektiert wird, bedeutet das Verrat an unserem Recht auf das Westjordanland.
Es gibt aber noch einen Grund dafür, dass die Religion in der israelischen Wirklichkeit zunehmend an Bedeutung gewinnt. Menschen, die sich in ei-

ner misslichen oder unsicheren Lage befinden, gehen auf die Suche nach ihrem Gott; Menschen, die keine vernünftigen Antworten auf brennende und drohende Fragen finden, suchen die Antwort in den verborgenen Winkeln der Geschichte ihres Staates, in der Bibel, im Gebet — im Himmel.
Die Arbeiterpartei mit ihrer diesseitsbezogenen Ausrichtung ist sich nach wie vor im unklaren darüber, wie sie an ihren Grundideen festhalten kann, ohne dabei potentielle Wähler abzuschrecken, die sich heute dem Glauben enger verbunden fühlen als zuvor. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Arbeiterpartei Gespräche über ihr Verhältnis zum jüdischen Glauben aufgenommen hat, um ihren Kurs neu zu überdenken.

Rivalitäten in der Parteiführung

Diese skizzenhafte Beschreibung der Arbeiterpartei wäre unvollständig, wenn das Problem der Führung unerwähnt bliebe. Zunächst besass die Arbeiterpartei in allen ihren verschiedenen Ausprägungen eine Vielzahl von äusserst fähigen Führungspersönlichkeiten, die sich in fast allen Kreisen der Bevölkerung grosser Beliebtheit erfreuten. Als Beispiele seien hier David Ben-Gurion und Golda Meir angeführt. Als diese Führungsgeneration ihre Aufgabe erfüllt hatte und nach dem Yom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 auch die letzte dieser Persönlichkeiten von der politischen Bühne abtrat, zeigte es sich, dass es *um den Nachwuchs nicht allzugut bestellt war.* Die Öffentlichkeit setzte grosse Hoffnungen in die neue Führung und brachte ihr nahezu uneingeschränktes Vertrauen entgegen. Der israelischen Öffentlichkeit gefiel die Vorstellung, endlich Kinder des Landes, in Israel geborene Sabras, an der Spitze des Landes zu sehen. Doch schon sehr bald erwiesen sich die Hoffnungen als übertrieben. Der neuen Führung mangelte es an Selbstvertrauen, Unternehmungsgeist, Initiative und Mut. Sie blieb in den Fußstapfen der Vorgänger stecken, ohne auch nur ein Jota abzuweichen, aber es fehlte ihr das Format, das ihre Vorgänger besessen hatte. Die neue Führung litt aber unter noch einem ernsthaften Problem: Es gelang ihr kaum, gemeinsam, solidarisch zu arbeiten. Eine wirksame Teamarbeit hätte den Mangel an Profilierung, Durchsetzungsvermögen, Sachverstand und Charisma wettmachen können. Doch eine derartige Teamarbeit kam nicht zustande, und der neuen Führung fiel es schwer, sich vom Geiste der Einigkeit beflügeln zu lassen. Bei den Streitigkeiten an der Spitze ging es im allgemeinen nicht um ideologische Fragen. Hinsichtlich der Ausrichtung und Haltung der Partei gab es innerhalb der Führung keine wesentlichen Differenzen. Vielmehr handelte es sich bedauerlicherweise um *persönliche Zwistigkeiten*, die schliesslich dazu führten, dass sich die Öffentlichkeit angewidert von der neuen Führung abwandte. Mit sinkender Popularität der Führung wuchs die Beliebtheit Menachim Begins, in dem die Öffentlichkeit den letzten der alten, autoritären Führungsgarde sah. Die Sehnsucht nach einer Führung alten Stils richtete und konzentrierte sich auf Menachim Begin.
Den ersten und schädlichsten Konflikt innerhalb der Führung stellte die nie enden wollende Rivalität zwischen dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, dem ehemaligen Verteidigungsminister Shimon Peres, und dem ehemaligen Premier, Yitzhak Rabin, dar. Die Kluft ist inzwischen so tief, dass sich immer mehr Menschen in der Arbeiterpartei die Frage stellen, ob man nicht auf die Dienste beider Politiker verzichten müsste, wenn die Partei in absehbarer Zeit wieder an die Macht kommen will. Wenn aber die Partei den beiden Politikern ihr Misstrauen aussprechen sollte, wer könnte dann ihren Platz einnehmen? Derzeit gibt es keinen einzigen «logischen» Kandidaten, der die Partei wieder zur Einigkeit und zu einem Wahlsieg führen könnte.
Das Führungsproblem hat noch einen anderen Aspekt. Es liegt auf der Hand, dass eine Führung, in der die orientalischen Sephardim nicht entsprechend vertreten sind, derzeit keine Chance hat, die Partei zu einem Wahlsieg zu führen und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Statistisch gesehen sind die Juden aus islamischen Ländern in der Führerschicht der Arbeiterpartei angemessen vertreten, und zwar stärker als in der Partei Begins. Aus verschiedenen Gründen geniessen aber die der Parteiführung angehörenden Sephardim in ihrer eigenen ethnischen Gruppe keine grosse Beliebtheit. Ihre Entwicklung folgte nicht immer dem natürlichen Weg, denn viele von ihnen wurden von der alten Führung protegiert, was sie unbeliebt machte. Aus diesem Grund wird die Arbeiterpartei auf allen Führungsebenen umfassende Veränderungen vornehmen müssen, bevor sie wieder aus einer Wahl als Sieger hervorgehen kann.

Der friedliebende Flügel

Wenn man die von mir geschilderten Umstände in Betracht zieht, so versteht man, weshalb viele Wähler der Arbeiterpartei unmittelbar nach der Wahl folgenden Schluss aus dem Ergebnis zogen: Die Partei solle wieder rechts stehen, kämpferischer werden und sich stärker am Glauben orientieren. Die Wah-

len hätten gezeigt, dass *die Öffentlichkeit in Israel einer Rechtstendenz folge* und dass jeder, der gegen den Strom zu schwimmen versucht, untergehen müsse. Mehr als einmal war diese Folgerung auch in den Reden der Spitzenpolitiker der Arbeiterpartei sowie im Verhalten unserer Fraktion in der Knesset durchgeklungen. Diese Fraktion, die noch immer an den ihr in harten Wahlkämpfen zugefügten Wunden leidet, ist wiederholt mit der Likud-Partei in verschiedenen Grundfragen einen nationalen Konsens eingegangen. Dies war zuletzt im Februar dieses Jahres der Fall, als die Fraktion der Arbeiterpartei in der Knesset gemeinsam mit der Likud-Partei gegen die beabsichtigte Lieferung von hochentwickelten amerikanischen Waffen an Jordanien stimmte. Bei dieser Konsensabstimmung stimmte ich gegen meine Fraktion und wählte unabhängig, nicht weil die Waffenlieferung an Jordanien für Israel nicht gefährlich wäre, sondern weil ich diesen Scheinkonsens als ebenso gefährlich empfinde.

Die sieben MAPAM-Mitglieder[1] sowie Shulamit Aloni von der Bürgerrechtsbewegung, die auch dem «Block» angehört, stimmten wie ich ab. Seit dem Sommer 1981 sehen wir uns immer wieder gezwungen, *gegen unsere Fraktion zu stimmen, wann immer uns der nationale Konsens falsch und schädlich erscheint und nur zustande kommt, weil man der öffentlichen Meinung und der allgemeinen Stimmung im Lande entsprechen will.* Die wiederholten Abstimmungen gegen den Konsens haben uns dazu veranlasst, uns zu einer parlamentarischen und ausserparlamentarischen Gruppe zusammenzuschliessen. Diese Gruppe sieht ihre Aufgabe darin, aus der Arbeiterpartei eine methodische, konsequentere, mutigere und aggressivere Opposition zu machen. Diese Gruppe trägt den Namen OMETZ (auf deutsch «Mut»), der sich aus den Anfangsbuchstaben der hebräischen Bezeichnung für «zionistische politische Opposition» ergibt. Die OMETZ verkörpert faktisch den sozialistischen, friedliebenden Flügel im «Block».

Wenn die Forderung, die Partei solle weiter rechts stehen, kriegerischer und glaubensnäher sein, gleichbedeutend ist mit einer Versklavung und Unterwerfung unter die öffentliche Meinung, so sieht die OMETZ ihre Aufgabe darin, *sich der öffentlichen Meinung zu widersetzen und auf diese systematisch einzuwirken, um einen Wandel herbeizuführen.* Denn mit der Likud-Partei auf ihrem ureigensten Gebiet in Wettbewerb zu treten, könnte katastrophale Folgen nach sich ziehen. Falls diese Konkurrenz weiterginge und sich verstärkte, würde es nicht lange dauern, bis die Arbeiterpartei zu einer «Likud Nummer 2» würde. Der Weg der Anpassung erscheint bei oberflächlicher Betrachtung leichter, aber er ist der Arbeiterpartei wesensfremd, aus nationaler Sicht falsch und könnte sich als viel längerer Weg zurück an die Macht erweisen.

Der Weg der Herausforderung, den die OMETZ empfiehlt, ist natürlich der schwierigere. Doch die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass der schwierigere Weg der einzig richtige und wahre Weg ist, der trotz der vielen Hindernisse am schnellsten zum Ziel führt.

Mit der PLO verhandeln!

Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, alle notwendigen Alternativlösungen zu erläutern. Deshalb möchte ich mich hier auf die Alternative in der Aussenpolitik konzentrieren, die auf eine umfassende und dauerhafte Lösung zur Errichtung des Friedens im Nahen Osten abzielt.

Wir gehen davon aus, dass der Friede mit Ägypten nicht auf lange Sicht isoliert bestehen kann. Es ist eine Illusion, zu glauben, Ägypten habe seine Ausrichtung auf die arabische Welt zugunsten Israels aufgegeben, auf seine Führerrolle innerhalb der arabischen Welt verzichtet und seine schmerzliche Isolation hingenommen. Jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht, weiss, dass das Abkommen mit Ägypten an Bedeutung verlieren muss, wenn nicht weitere Abkommen nachfolgen und in der Region ein umfassendes Vertragswerk geschaffen wird.

Dies setzt aber eine Lösung des Palästinenserproblems voraus, ohne die es keinen umfassenden, dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben kann. Dafür gibt es nur eine Grundlage: die gegenseitige, gleichzeitige Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung beider Völker, die in diesem Landesteil leben. *Die Menschen in Israel müssen das Recht des arabisch-palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ebenso aner-*

[1] MAPAM ist mit der Arbeiterpartei im «Block für die Einheit der Arbeiter in Israel», kurz «Block» genannt, vereint. Sie ist die kleinere Partei, die weiter links steht als die Arbeiterpartei und die seit über 15 Jahren nicht mehr selbständig zu Wahlen angetreten ist. Es ist daher sehr schwierig, ihre eigenständige Bedeutung in der israelischen Öffentlichkeit abzuschätzen.

kennen, wie das arabisch-palästinensische Volk das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in Zion anzuerkennen hat.

Mit wem müssen die Verhandlungen über eine Lösung des Palästinenserproblems geführt werden? Man kann wohl kaum annehmen, dass es möglich sein wird, die PLO als einen der wichtigsten Verhandlungspartner zu ignorieren. Israel wird mit der PLO verhandeln müssen, vorausgesetzt, dass die PLO die gegenseitige Anerkennung des Rechtes beider Völker auf Selbstbestimmung garantiert.

Die zwei grossen Parteien, die Likud- und die Arbeiterpartei, anerkennen aber diese Prinzipien leider nicht. Beide Parteien haben völlig realitätsfremde und undurchführbare Pläne vorgelegt. Beide erheben den Anspruch auf die Oberhoheit Israels über das Westjordanland — auf eine totale oder partielle Oberhoheit Israels auf alle Zeiten. Dieser gemeinsame Nenner neutralisiert die Arbeiterpartei als Alternative.

Die Weisen Israels kannten einen Sinnspruch, der so lautete: «Alles an sich zu raffen bedeutet, alles zu verlieren» dieser Satz gilt auch für die Regierung Begin.

(Copyright by «Zukunft»)

Peter Graf nimmt Abschied

Für eine informierte Partei

Die einen machen Politik, andere stellen Politik dar, informieren über Politik, sind also ihrem Selbstverständnis nach Journalisten.

Ernsthaft habe ich kaum einmal daran gedacht, Politiker zu werden. Ich habe mich in den sechs Jahren, als ich bei der SP Schweiz das Informationswesen aufbauen und betreuen durfte, immer als Journalist verstanden. Ich machte es mir zur Aufgabe, die Politik der Partei darzustellen oder dafür zu sorgen, dass Berufenere darüber berichteten.

Diese besondere Form des Journalismus kann einer, der sich der Information verpflichtet fühlt, der zudem noch aus dem Nachrichtenjournalismus in diese Aufgabe hinübergewechselt hat, während einer längeren Zeit mit grossem Vergnügen und Einsatz leisten. Aber irgendwann meldet sich das alte Bedürfnis — ein Urbedürfnis fast beim Journalisten aus Passion (ich wollte mit 15 Journalist werden wie andere Lokomotivführer oder Jumbo-Pilot) —, losgelöst von Parteiüberlegungen, fern von notwendigen aber hemmenden Bürokratien, ganz allein und nur Informationen zu suchen, zu finden und in lesenswerte Texte zu formulieren.

Ab 1. September arbeite ich als Chefredaktor der Nachrichtenagentur DDP Schweiz. Meine Aufgabe ist eine grundlegend andere als die des Pressechefs der SPS: Zeitungen und Massenmedien mit Informationen aus *allen* gesellschaftlichen Bereichen zu versorgen im Sinne einer umfassenden Dienstleistung im Informationsbereich. Der Nachrichtenjournalist hat nie zu fragen, wem eine Information nützt oder schadet. Er hat allein dem Gebot der möglichst grossen Transparenz über Ereignisse und gesellschaftliche Vorgänge zu dienen.

Eine andere Aufgabe hat die Parteipresse und haben jene, die für die Information der Öffentlichkeit über das Parteileben in Zukunft Verantwortung tragen.

Sie haben die Informationen aus allen Bereichen der Gesellschaft parteipolitisch zu interpretieren und immer wieder an den eigenen parteilichen, sozialistischen Vorstellungen zu messen. Mit der neuen «Rote Revue», an deren Geburt ich massgeblich beteiligt war, ist ein Organ vorhanden, das mehr noch als unsere Tageszeitungen dafür zu sorgen hat, dass die politische Kultur der Partei immer wieder neu überdacht wird. Das ist mit dem Neubeginn von 1980 weitgehend und auch unter öffentlicher Anerkennung gelungen. Die Auflage hat sich unter der neuen Redaktion verstärken lassen; das Interesse an der Zeitschrift ist gestiegen.

Auch die Parteizeitungen werden um die Parteilichkeit nicht herumkommen. Es ist wohl falsch, im kommerziellen Zeitungsmarkt mitmischen zu wollen. Dazu reichen die Mittel nicht aus. Aber diese Partei beweist immer wieder, dass sie viele schöpferische Kräfte in sich vereinigt, die es wert sind, durch eine eigene Presse gebührend zur Darstellung zu kommen. Diese Parteipresse ist auch mehr als eine Anhäufung kleiner Blätter, die im Konkurrenzkampf kaum bestehen können. Sozialdemokraten stehen in einem politischen Kräftefeld mit dem Ziel, eigenen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen. Wie das ohne Tagespresse geschehen soll, ist unvorstellbar. Unsere Zeitungen sind — mit anderen Worten — Kampfblätter und unterscheiden sich darin ganz eindeutig von der kommerziellen Presse. In dieser Beziehung kann nur